



For use of the media only.

## PRESSEMITTEILUNG

### **UNFCCC-Exekutivsekretär: erhebliche Finanzmittel für Anpassungsmaßnahmen an Klimawandel erforderlich**

(Brüssel, 6. April 2007) – Bei der Vorstellung des *Assessment Reports* über die heutigen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels des Internationalen Wissenschaftlichen Gremiums der Vereinten Nationen zum Klimawandel (IPCC – UN Intergovernmental Panel on Climate Change) unterstrich der UNFCCC-Exekutivsekretär Yvo de Boer die potentiellen Gefahren, die durch den Klimawandel ausgelöst werden können, wie etwa Konflikte über Wasserressourcen, die Ausbreitung von Krankheiten und die Zunahme weltweiter Migration – wenn nicht entsprechende Anpassungsmaßnahmen entwickelt und in langfristige Entwicklungspläne integriert werden.

„Diese zu erwartenden Auswirkungen machen deutlich, dass wir dringend ein Abkommen über zukünftige internationale Maßnahmen gegen den Klimawandel brauchen, genauso wie wir nach wirksamen Wegen suchen müssen, die für diese Anpassungsmaßnahmen nötigen Mittel aufzubringen“, sagte der Exekutivsekretär der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), Yvo de Boer.

Im *Assessment Report* des IPCC werden Auswirkungen wie eine Zunahme an Dürren und die Überflutung von weiten Küstengebieten genannt, was wiederum eine Vertreibung bzw. Umsiedlung von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt mit sich bringen würde. Angesichts dieser Auswirkungen sind die Menschen in Entwicklungsländern ganz besonders gefährdet.

„Laut Schätzungen gibt es bereits fast genauso viele Umweltflüchtlinge wie traditionelle Flüchtlinge. Da sich die Folgen des Klimawandels auf das direkte Lebensumfeld auswirken, werden die Zahlen voraussichtlich noch bedeutend ansteigen, wahrscheinlich auf 50 Millionen bis zum Jahr 2010“, sagte Yvo de Boer.

Der UNFCCC-Exekutivsekretär betonte, dass angesichts der zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels umfangreiche Ressourcen notwendig sind, um den betroffenen Menschen Anpassungsmaßnahmen zu ermöglichen - beispielsweise um zunehmenden Dürren zu begegnen oder aus gefährdeten Küstenbereichen umzusiedeln.

„Unsere derzeitigen Einnahmequellen reichen nicht aus, um diese Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Deswegen muss die internationale Gemeinschaft nach neuen und innovativen Finanzquellen suchen, nicht zuletzt mithilfe des Kohlenstoffmarkts, um sicherzustellen, dass auch die anfälligsten Gruppen in der Lage sind, den Folgen des Klimawandels zu begegnen. In vielen



Fällen wird diese Finanzierung gleichzeitig zur wirtschaftlichen und nachhaltigen Entwicklung dieser Gruppen beitragen," sagte er.

„Mittlerweile wird Klimawandel nicht mehr nur als reines Umweltproblem verstanden, sondern als Thema der Wirtschaft, des Handels und der Sicherheit, und wird zunehmend die globalen und nationalen wirtschaftlichen Entscheidungen beherrschen," fügte er hinzu.

Auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember 2007 in Indonesien werden die Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens und des Kyoto-Protokolls sich darauf einigen, wie das Klimaschutzregime nach 2012 unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen aussehen wird.

„Dies wird eine einzigartige Gelegenheit für die internationale Gemeinschaft sein, Engagement und Verbindlichkeit zu zeigen und bezüglich der Maßnahmen zur Anpassung und Abschwächung des Klimawandels zu handeln. Klimawandel wird auch auf der Agenda der Regierungschefs des anstehenden G8-Gipfels in Deutschland ganz oben stehen, so dass die entsprechenden politischen Signale bereits von hier ausgehen können," sagte er.

Das UNFCCC-Sekretariat hat diese Woche auch den Bericht des Regionaltreffens 2007 der kleinen Inselstaaten (Small Island Developing States – SIDS) vorgestellt, in dem weitere Maßnahmen genannt werden, durch die diese Länder bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels unterstützt werden können.

Dieser Bericht nennt die zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels für die kleinen Inselstaaten, wie beispielsweise wirtschaftliche Verluste aufgrund abnehmender landwirtschaftlicher Erträge, der Verlust von Mangrovenwäldern und Korallenriffen aufgrund des steigenden Meeresspiegels sowie der Versauerung der Ozeane. Desweiteren geht er auf die Überflutung von Siedlungen und Ackerland im Küstenbereich ein sowie auf den zurückgehenden Tourismus aufgrund von häufiger auftretenden extremen Wetterbedingungen.

Zusätzlich unterstreicht der Bericht, wie äußerst wichtig es ist, dass Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in nationale nachhaltige Entwicklungspläne und -strategien integriert werden.

„Die kleinen Inselstaaten sind ein gutes Beispiel für Länder, in denen die Versicherungssätze jedes Jahr weiter ansteigen. Doch genau dort stellen Maßnahmen von Seiten der Regierungen eine einzigartige Gelegenheit dar, um mithilfe eines Anpassungsinstruments Anreize zur Risikoverminderung zu schaffen – während gleichzeitig der Privatsektor in Aktivitäten gegen den Klimawandel eingebunden wird", sagte Yvo de Boer.

Der UNFCCC-Bericht führt zudem aus, dass die Verwendung von Versicherungen über das traditionelle Modell hinausgehen könnte, beispielsweise durch innovative Mechanismen, die es den kleinen Inselstaaten ermöglicht, Emissionszertifikate gegen Beratung im Bereich Versicherungen zu tauschen.

### **Hinweis für Journalisten:**

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an:  
Carrie Aßheuer, Public Information and Media Assistant: (+49-228) 815-1005

Für weitere Informationen:  
John Hay, Spokesperson: (+49-172) 258-6944  
Internet <<http://unfccc.int>>